

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.  
Geschäfts-Sammelnummer 25 241.  
Preis für Nachdruckrechte: 200 Pf.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Abtragung durch die Post bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 1,50 M., vorläufig 2,25 M.  
Die einzige 37 mm breite Zeile 2,50 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter  
Stellen- u. Wohnungsmarkt, 10 Pf. pro Zeile. Bezugsscheine jeder  
Zeile. Ausland. Auflage pro Verkaufszeit. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsführer:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Gieseck & Reichardt in Dresden.  
Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. — Unterlegte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

### Der erste Eindruck des Abrüstungsvorschlags

#### Hughes der Held des Tages.

(Signer Drahtbericht der Dresden. Nachrichten)

Paris, 14. Nov. Der „New York Herald“ lädt sich aus Washington berichten, daß Staatssekretär Hughes der Held des Tages sei. In ganz Washington befand man offene Bewunderung über seine rede und erklärte, daß nunmehr der erste Schritt zur Vereinfachung der offenen Politik getan worden sei und das für zahlreiche geheime Anträge und Abmachungen das Tor endgültig geschlossen sei. Japan sei zweifellos von der Offenheit, mit der Staatssekretär Hughes sein Programm entwölft, erstaunt gewesen. Es findet die Vorschläge natürlich allzu weitreichend, und die japanischen Sachverständigen werden sicherlich beträchtliche Abänderungen vorschlagen. Aber die Grundlinien dieses Programms werden nicht erschüttert werden können. Das Blatt lädt sich melden, daß die Engländer von dem vorgetragenen Programm sehr erfreut seien und wahrscheinlich schon am Dienstag ihre Bereitwilligkeit, es anzunehmen, erklären werden. Natürlich werden auch die Vorbehalte machen. Der Zustimmung Frankreichs und Italiens glaubt man sicher zu sein. Die größte Schwierigkeit wird von japanischer Seite bereitstehen. Die japanische Delegation wird vor allem hervorheben, daß die japanische Verfassung nicht gestattet, Kredite, die bereits bewilligt seien, einem anderen als dem beschlossenen Zwecke auszuführen, oder sie ohne weiteres zu freichen. Ramentisch würde es Japan sehr beunruhigen, wenn es vier Schlachtkreuzer aufgeben sollte, während die Vereinten Staaten nur sechs aufgeben würden. Die endgültige Entscheidung in dieser Frage wird jedoch bei den Japanern davon abhängen, wie sich die Vereinten Staaten zu der Frage der Besetzungen im Stillen Ozean stellen. Baron Saito, der Vorsitzende der japanischen Delegation in Washington, begrüßte die Vorschläge Hughes als die konkretesten und wärmsten. Doch erklärte er, daß seine Meinungsäußerung feinerlei Richtlinien für den Standpunkt der japanischen Abordnung abgeben könnte. Die japanischen Oppositionsparteien, momentan die sogenannten Kenseits, deren Vorführer Kotaro Mochizuki ist, der den Beratern als Vorsteher und Jurist beinhaltet, haben diesen Vorschlag bereit zu den amerikanischen Vorschlägen erläutern lassen, es wäre nur dann möglich, sie anzunehmen, wenn sich Amerika zur Preisgabe seiner Besitzungen im Stillen Ozean bereit erkläre; das würde aber den Verlust der betreffenden amerikanischen Positionen bedeuten.

#### Die Haltung Englands und Japan.

(Signer Drahtbericht der Dresden. Nachrichten)

London, 14. Nov. Aus den Kreisen der englischen Delegation erhofft die Londoner Korrespondenten, daß man den amerikanischen Vorschlag als einen Erfolg der englischen Politik betrachte. Die Konkurrenz Amerikas und selbst Japans bedrohte die englische Überherrschaft auf See. Der Vorschlag Staatssekretär Hughes lädt England wenigstens provisorisch eine leichte Niederlegenheit auf dem Meere und gefäßt England, auch in Zukunft immer an der Spitze der seefahrenden Völker zu bleiben. Den Japanern ist der amerikanische Standpunkt allerdings weniger angenehm, weil man ihnen eine vorläufige Verminderung ihrer Schiffsbauten aufzuerlegen würde. Aber dafür wird Japan durch die Sicherung entschädigt, daß Amerika auf die Besetzungen an der Küste des pazifischen Ozeans verzichten würde. Japan scheine gewillt zu sein, dem in großen Umrisen von Staatssekretär Hughes dargelegten Programm anzutreten, wenn seine Lebensinteressen in der Mongolei und in der Mandchurie nicht zu sehr davon berührt werden. Wahrscheinlich Japan aber diesen Vorschlägen nur unter der Bedingung zustimmen, daß Amerika auf seine Besetzungen im Stillen Ozean verzichtet und nicht die sofortige Rücknahme der Mongolei und der Mandchurie durch die japanischen Truppen verlangt. Äußerlich ist jedoch die Frage, was mit der Küst Sachalin geschehen soll, auf der die Japaner im nördlichen Teile festen Fuß gefaßt haben. Ein Erfolg der Washingtoner Konferenz ist wenigstens bezüglich der Abrüstung zur See nicht ganz unmöglich. Die Krönung dieses Erfolges wäre natürlich die Preisgabe der englisch-japanischen Allianz.

#### Japan als Bahnbrecher des Widerstandes.

London, 14. Nov. Gleichzeitig zu diesem Bericht über den amerikanischen Abrüstungsvorschlag bei den ausländischen Delegationen wie eine Bombe einschlagen. Den ausländischen und insbesondere der englischen Delegation sollen die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes völlig überzeugt gekommen sein und alle Erwartungen übertraffen haben. Nach einer Andeutung soll der Widerstand gegen den amerikanischen Abrüstungsvorschlag so auslöschen werden, daß Japan als Bahnbrecher vorangehend werden soll.

#### Der neue japanische Ministerpräsident.

London, 14. Nov. Reuter meldet aus Tokio vom 13. November: Takaishi ist nunmehr vom Kaiser mit der Kabinettbildung betraut worden und hat den Auftrag angenommen. Das Kabinett wird wahrscheinlich unverändert bleiben und die auswärtige Politik Haras weiter verfolgen. (W. T. B.)

#### Verweigerter Erleichterung für die deutschen Zahlungen.

(Druckerei unter Berliner Schriftleitung)

Berlin, 14. Nov. Zwischen den englischen und den französischen Mitgliedern der Reparationskommission und des Garantiekomitees ist nach Blättermeldungen gestern abend eine völlige Einigung erzielt worden. Die englische Regierung eines Monatshins für die Januar-Rate der deutschen Reparationszahlungen sei gern fallen lassen. Die Reparationskommission sei mehr einig als am 1. November gekommen, keinerlei Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Stundung der nächsten Zahlungsraten zu führen, noch weniger habe auf eine Revision der deutschen Leistungsfähigkeit einzufallen, sondern vielmehr auf pünktlicher Einhaltung des ganzen Zahlungsdienes ohne Diskussion zu bestehen. Es heißt sogar, daß die Reparationskommission das früher gemachte Zusichtrat anstreben möge, daß die morgen, 15. November, fällige Zahlung von 280 Millionen Goldmark durch Leistungen als netto realisiert wird. Ob eine Rücknahme des Zugeständnisses sothält, ist, muss jedoch nach den Erklärungen, die von deutscher Seite über die Belehrbarung obgegeben wurden, mindestens fraglich erscheinen. Wie die „B. Z.“ hört, hat die deutsche Regierung den erforderlichen Zusicherungen der nächsten Zahlungen schon bereitliegen, bis auf eine Summe von etwa 40 Millionen Goldmark, ihr deren baldige Tilgung angeblich Industrieleute die Bürgschaft übernehmen wollen.

#### Dr. Wirth bleibt unbelehrbar.

(Signer Drahtbericht der Dresden. Nachrichten)

Genf, 14. Nov. Der „Polit.“ meldet aus Berlin: Bei dem Empfang der Garantiekommission im Reichskanzlerpalais erneuerte Reichskanzler Wirth seine Ansage, bis an die Grenze des Merkantilismus zu gehen, um die Verpflichtungen der Reparationen zu erfüllen. Der Kanzler ist noch immer der Überzeugung, daß Deutschland balden kann, wenn ihm nur eine Atempause gegeben wird und wenn sein Markt stabilisiert wird. Herr Wirth hat der Kommission jede Unterstützung in der Durchführung ihrer Ansache zugesichert. Die Kommission hat am Donnerstag ihre Arbeit mit der Fortsetzung ihrer Unterlagen für den deutschen Staatshandel und für die am 15. Januar und 15. April fälligen deutschen Zahlungen begonnen.

#### Die Reparation geht vor.

(Signer Drahtbericht der Dresden. Nachrichten)

Genf, 14. Nov. „Echo de Paris“ meldet aus Berlin, daß die Garantiekommission bis 30. November in Berlin bleibt. Der Empfang der deutschen Gewerkschaftsvertreter habe seine Entwicklung auf die Stellungnahme der Kommission gebracht, den Reparationszahlungen den Vorrang vor den neuen deutschen Staatsbelastungen zu antreten.

#### Berzögerung des Reichsenthofs über die Kreditanleihe?

Berlin, 14. Nov. Die für heute in Aussicht genommene Sitzung des Reichskabinetts, in der eine Entscheidung über die Forderungen fallen soll, die der Reichsverband der deutschen Industrie für die Auslandscredithilfe der Industrie gestellt hat, findet, der „B. Z.“ aufzugehen nicht statt. Das Blatt legt hinz, es scheine, als ob man die Sache auch nach den Erläuterungen, welche die Vertreter des Reichsverbandes dem Reichstag in der Resolution des Verbands gegeben haben, noch immer als ungenugend ansieht.

Im Gegentheil hierzu erachten wir von unverzichtbarem, daß das Kabinett im Laufe des heutigen Tages die Ablehnung der Forderungen der Industrie doch noch beschließen wird. Die Regierung wird zunächst versuchen, einen Kompromiß vorzubringen zu machen, indem die Vorschläge zur besseren Stabilität der Eisenbahn durch innere Verwaltungsreformen mangle. Es ist anzunehmen, daß bei der großen Mehrheit, die die Bedingungen der Industrie in der gesamten Öffentlichkeit hervorgerufen haben, die Industrie einen Rückzug anstrebt und diese eine neue Verhandlung mit der Regierung vereinbart wird.

Die Regierung wird die Parteien der Linken drängen, allerdings auf Abschluß der Verhandlungen, da sie der Überzeugung sind, daß eine ernsthafte Absicht zum Abschluß einer Kreditaktion bei der Industrie nicht mehr besteht und diese eine Angelegenheit sucht, die Krise zu verschleppen. In mehrheitlich sozialistischen Kreisen verlangt man daher auch die sofortige Einbringung eines Gesetzes zur Erfüllung der Schwerpunkte.

#### Die Privatisierung der Eisenbahn und das Interesse der Alliierten.

(Signer Drahtbericht der Dresden. Nachrichten)

Berlin, 14. Nov. Der „Polit.“ schreibt über die deutschen Pläne zur Umwandlung der Eisenbahngesellschaften in Privatunternehmen, es liegt im Interesse der Alliierten, die deutschen Eisenbahnen in die alliierten Regie zu nehmen, wenn die Deutschen auf ihren Eisenbahnen keine Übernahmen, wenn die Deutschen auf ihren Eisenbahnen keine Übernahmen, wenn die Deutschen auf ihren Eisenbahnen keine Übernahmen,

#### Empfang bei Nollet.

(Druckerei unter Berliner Schriftleitung)

Berlin, 14. Nov. Der Generaldirektor der Deutschen Werke wurde heute von General Nollet empfangen.

#### Gehler und Hamm über „Los von Versailles.“

Anlässlich des Vortages der Deutsch-demokratischen Partei fand am Sonntag eine Versammlung im Saal der Union zu Bremen statt, an der Reichswehrminister Gehler und der baptistische Handelsminister Hamm über das Thema sprachen: „Los vom Versoile“ (Generalversammlung). Reichswehrminister Gehler war einen Rückblick an die Zeit nach dem Zusammenbruch. Damals sei man sich wenig klar darüber gewesen, was alles für uns an dem Sothe stand. Es schien, so sagte der Redner, als ob viele Kreise an den Beginn eines schöneren Zeitalters glaubten, in dem man weniger arbeiten und besser leben könne. Unter dem Trud des Friedensvertrages kam es zur Weimarer Verfassung, die uns wenigstens die Einheit des deutschen Volkes restete. Es ist ein zweizeitiges Rätsel um die Existenz unseres Staates. In den nächsten Monaten wird eine große Dauerenschlacht in die Einheit Deutschlands geschlagen werden. England und Amerika haben ihr Kriegsziel erreicht, aber nicht Frankreich, dessen Nationalisten unbedingt sind und ein zerstörtes Deutschland wollen. Die Politik Ludwig XIV. und Napoleons I. ist auch die der demokratischen Republik Frankreich geworden. Frankreich hat sich noch in diesen Tagen davon: Unbereitete die französische Politik Deutschlands. Keine Verbindung zwischen einer solchen und einer friedlichen Frankreich bringen? De lauer von uns der Ruf erhielt: Nie wieder Krieg, doch mehr wird von Frankreich der Weg der Gewaltpolitik beitreten, denn man verleiht es nicht, daß ein großes Volk an die Dauer eine solche Unterdrückung gelassen lassen kann. Daher in uns unsere Geschichte eine Lehre. Wer an die Verbesserung Deutschlands appelliert, hat nie falsch spekuliert, und zu keiner Zeit war die Verbesserung größer als jetzt. Die französische Presse empfiehlt neue Gewalttat. Die Befreiung des Kubanischen. Dann wird das Ende kommen. Niemand kann heute sagen, ob wir uns nicht mit Surrogaten schaffen, sondern mit ganzem Verein, das in den Mittelpunkt seines Denkens einzog und allein den Staat stellt. Wer heute Wählerpolitik treibt, verübt ein Verbrechen gegen das deutsche Volk. (Rechtsseiter Verfall.) Nicht auf die Personen kommt es im Kabinett an, sondern auf gemeinsame Arbeit. Wenn es um das Leben des deutschen Volkes geht, dann sind wir einig. (Rechtsseiter Verfall.)

Baptistischer Handelsminister Hamm: Wir stehen vor der sicheren Gefahr einer Proletarisierung der besten Schichten unseres Volkes. Verade die anständigen Menschen fangen an, um Staate trete zu werden. Wir müssen in und selbst den Verein machen, die Regeneration der Weltwirtschaft zu erleben. Es ist falsch, daß nur der deutschen Industrie noch Entlastung der Eisenbahnen abzuholen ist. Freilich sind die Forderungen in eine Form gefleidet, die den vernünftigen Gedanken schädigen. Es ist aber ein Fehler, daß wir die Staate betriebe nicht wirtschaftlich gemacht haben. Wir schulden unseren Nachkommen, daß wir freiwillig das Sothe leisten. Die Grenze des Möglichen müssen wir in weit wie möglich wähnen. Daar müssen sich Industrie und Gewerbe zusammenfinden. Der Glanz des Staates auf die Eisenbahnen darf natürlich nicht unberücksichtigt werden. Organisierung der Armee des deutschen Staates mit der Hanptkraft. Dem deutschen Volke muß Notwendigkeit verleiht, das es den Krieg verüben hat. Welche Pläne von Sozialisierung und Kommunalisierung gelten schon nichts mehr. Vereinigung aller Kräfte im deutschen Volkstaat ist die Hauptziele. Der 9. November war die Geburtsstunde der Staatenlosigkeit und dieser wurde erst durch die Weimarer Verfassung bekräftigt. Wer nie wieder Krieg führen will, muß zuerst den Krieg gegen den Verhälter Frieden führen. (Soziale Zustimmung.) Wir müssen arbeiten und verhandeln. Wenn wir schon vor unserer Väter den Kampf entfachen müssen, weil wir verstören, was jene erwarben, so wollen wir unseren Kindern wenigstens ein einiges Deutschland hinterlassen. (Rechtsseiter Verfall.)

#### Einreiseverweigerung auch für Schiffer.

(Signer Drahtbericht der Dresden. Nachrichten)

Breslau, 14. Nov. Es bestätigt sich, daß nach dem Besuch der Beschaffung der Interallierten Kommission auch der deutsche Kommissar Schiffer über Schlesien nicht betreut dort.

#### Beginn der Grenzfeststellung in Oberschlesien.

Wroclaw, 14. Nov. Die „Morning Post“ meldet aus Oppeln: Die Grenzfestigungscommission hat bisher keine Korrifur der Grenzlinienführungen vorgenommen. Auch im Industriegebiet wird voraussichtlich die vom Polen vertraglich beschlossene Grenzlinie nahezu ohne Änderung beibehalten. Die Kommission hat in ihren Dispositionen den Abschluß ihrer Arbeiten für Mitte Dezember vorgesehen.

#### Eine neue Einberufung des Volkerbundsrats.

(Signer Drahtbericht der Dresden. Nachrichten)

Brünn, 12. Nov. Der Brünnländer „Secolo“ meldet die Einberufung des Volkerbundsrats zum 18. November. Auf der Tagesordnung steht die Bekanntgabe des Präsidenten über den Ort der deutsch-polnischen Verhandlungen, bzw. die Bekanntgabe des Unparteiischen, der tschechisch-slowakische Konflikt und die Entscheidung über einen eingegangenen deutschen Protest.